



Berthold Huber
Erster Vorsitzender der IG Metall

Workshop: Wege aus der Finanzmarktkrise

**Lehren aus der Systemkrise – Für ein neues soziales und ökologisches
Entwicklungsmodell des Kapitalismus**

Frankfurt
29. April 2009

Sperrfrist Redebeginn
Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren
liebe Kolleginnen und Kollegen,

vor ca. zweieinhalb Jahren veranstaltete die IG Metall hier in Frankfurt einen Workshop zum Thema: Regulierung der Finanzmärkte. Wir diskutierten damals über den zunehmenden Einfluss von Hedge- und Private-Equity-Fonds.

Mit absurden Renditeforderungen hatten diese Fonds immer mehr Unternehmen übernommen.

Für diese Unternehmen bedeutet das:

- Ihnen wurde oft ihr eigener Kaufpreis als Schulden aufgebürdet;
- Durch Sonderausschüttungen wurden die freien Mittel deutlich reduziert;
- Investitionen und Forschungsausgaben wurden gekürzt,
- Löhne und Gehälter in Frage gestellt und den Belegschaften mit Verlagerung gedroht.
- Kurz: Zu Gunsten von Finanzinvestoren und deren Anteilseignern mussten die übernommenen Betriebe bluten.

Über intransparente Kaskaden kassierten die Fonds ihre Renditen steuerfrei. Sie waren nicht reguliert, noch legten sie ihre Geschäfte freiwillig offen.

Hedge-Fonds und Private-Equity haben nicht nur die Struktur der Betriebe verändert, sie haben auch erhebliche Risiken für die internationalen Finanzmärkte aufgehäuft.

Die Fondsmanager spekulierten mit allem, was hohe Renditen versprach. Seien es Unternehmen, Währungen, Rohstoffe, Häuser oder Lebensmittel.

Mit ihrem Herdenverhalten trieben sie weltweit die Preise in exorbitante Höhen. Im Jahr 2005 war das weltweite Finanzvermögen mit 140 Billionen Dollar 3,5 mal so hoch wie das weltweite Sozialprodukt.

Dass das nicht gut gehen konnte, das mussten wir schon Ende 2006 befürchten. Deshalb forderten wir die Regulierung der Finanzmärkte und die öffentliche Kontrolle von Hedge- und Private-Equity-Fonds.

Wir haben konkrete Maßnahmen vorgeschlagen, um

- die Überschuldung und Ausplünderung von Unternehmen zu verhindern,
- Steuergerechtigkeit herzustellen,
- Belegschaften zu schützen
- und Finanzmarktstabilität zu garantieren.

Mit diesen Forderungen sind wir nach Berlin und Brüssel gefahren. Wir haben zahlreiche Briefe geschrieben - unter anderem auch an die EU-Kommission. Wir haben in vielen Gesprächen auf die Risiken hingewiesen und uns im Finanzministerium für mehr Regulierungen und Gesetze stark gemacht.

Heute wissen wir, unsere Befürchtungen bestanden zu Recht! Der Zusammenbruch der internationalen Finanzmärkte hat die Weltwirtschaft an den Rand des wirtschaftlichen Abgrunds geführt.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Krise, in der wir uns heute befinden, lässt sich nicht einfach von heute auf morgen überwinden.

Denn wir haben es mit einer sich gegenseitig verstärkenden Dreifach-Krise zu tun. Einer Krise auf den Finanzmärkten, einer Weltwirtschaftskrise ungekannten Ausmaßes und in einigen Branchen mit einer Strukturkrise.

Die Politik – auch in Deutschland – hat in den letzten 20 Jahren kräftig dereguliert. Es gab seit 1990 in Deutschland nicht nur ein, sondern gleich vier Gesetze zur Förderung des Finanzmarktes. Wer vor den Risiken warnte, wurde ignoriert. Risiken passten nicht in das Bild des modernen Finanzmarktkapitalismus.

Und schließlich kannte die Risiken auch keiner mehr. Sie waren gut versteckt in Zweckgesellschaften und komplizierten Finanzmarktprodukten. Weder Ratingagenturen noch Bankmanager hatten eine Vorstellung davon, was in ihren Bilanzen schlummerte. Und das gilt heute noch.

Nach einer Schätzung des IWF sind bei weitem noch nicht alle riskanten Anlagen in den Bankbilanzen hinreichend abgeschrieben. Die weiterhin notwendigen Wertberichtigungen – Schätzungen sprechen von 2,2 Billionen US-Dollar – machen zusätzliche staatliche Bürgschafts-, Kredit- und Eigenkapitalhilfen erforderlich.

Das Eigenkapital und die Liquidität der Banken werden über die Wertberichtigungen ihrer toxischen Produkte hinaus zunehmend durch die Folgen der Konjunkturkrise belastet.

Die Bonität der Unternehmen verschlechtert sich. Die Banken finanzieren deshalb weniger Investitionen. All dies beschleunigt die Abwärtsspirale und belastet weiter die Konjunktur. Konjunktur- und Finanzmarktkrise verstärken sich gegenseitig.

Aber nicht nur verantwortungslose Bankmanager haben uns an den Rand des Abgrunds geführt. Ebenso ist die unkritische Fixierung der Industrie-Manager auf das Shareholdervalue-Prinzip und die kurzfristige Ausrichtung der Geschäftspolitik an Quartalsberichten verantwortlich.

Im Namen der Wettbewerbsfähigkeit und der Gewinnmaximierung wurden Standorte und Arbeitnehmer unter Druck gesetzt. Belegschaften wurden weltweit gegeneinander ausgespielt.

Nicht Nachhaltigkeit und langfristig verantwortliches Wirtschaften stand im Vordergrund, sondern die Unternehmen verfolgten kurzfristige, einzelwirtschaftliche Interessen.

Hinzu kommt, dass sich Industriebranchen – wie die Automobilindustrie - in einer tiefen Strukturkrise befinden. Weltweite Überkapazitäten belasten die Unternehmen.

In der Automobilindustrie geht der Umsatz nicht nur konjunkturell bedingt zurück.

Die Menschen kaufen auch kleinere und umweltfreundlichere Fahrzeuge, die einen deutlich niedrigeren Wertschöpfungsanteil haben. Das hat entsprechende Auswirkungen auf die Beschäftigung.

Die IG Metall hat Ende letzten Jahres mit ihrem Positionspapier „Keine Entlassungen 2009“ Vorschläge zur aktiven Krisenbekämpfung vorgelegt.

Einige dieser Vorschläge hat die Bundesregierung in ihr Konjunkturpaket aufgenommen: Die Verlängerung des Kurzarbeitergelds auf 18 Monate und ein Kredit- und Bürgschaftsprogramm von 100 Milliarden Euro für die Realwirtschaft. Dies sichert derzeit die Beschäftigung und die Unternehmen.

Die Umweltprämie hilft kurzfristig den Automobilherstellern.

Aber wird das reichen? Die Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen in der Industrie wurden fast vollständig in die Arbeitslosigkeit entlassen. Von Einzelfällen abgesehen ist es bei den Stammbeschäftigten bisher nicht zu Entlassungen im größeren Stil gekommen.

Die IG Metall wird weiter dafür kämpfen, dass es nicht zu betriebsbedingten Kündigungen kommt. Kurzarbeit ist das intelligenteste Instrument, um in einer Krise Beschäftigung zu sichern.

Deshalb haben wir gemeinsam mit dem Bundesminister für Arbeit, Olaf Scholz, Vorschläge zur besseren Nutzung von Kurzarbeit

entwickelt. Wir schlagen vor, die Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld auf 24 Monate zu verlängern und eine weitere Entlastung der Unternehmen bei den Sozialversicherungsbeiträgen vorzunehmen.

Ich sage deutlich: Keine Entlassungen in der Krise. Dies ist möglich. Man muss es nur wollen.

Sehr geehrte Damen und Herren
liebe Kolleginnen und Kollegen,

für einige Unternehmen ist aktuell die Finanzierung des operativen Geschäfts und die schwindende Eigenkapitaldecke das größte Problem. Allein in NRW haben seit Beginn der Krise über 100 Firmen um Landesbürgschaften nachgesucht.

Dies zeigt, dass weitere Instrumente erforderlich sind, um Beschäftigung zu sichern und Unternehmen in schwieriger wirtschaftlicher Lage zu stützen.

Die IG Metall fordert deshalb in ihrem Aktionsplan „Aktiv aus der Krise – Gemeinsam für ein gutes Leben“ die Errichtung eines öffentlichen Beteiligungsfonds in Höhe von 100 Milliarden Euro für die produzierende Wirtschaft. Wir wollen „Puplic“ statt „Private-Equity“.

Dieser Fonds soll durch den Bund vorfinanziert und über eine verbindliche Zukunftsanleihe auf Vermögen über 750.000 Euro gespeist werden. Diese Anleihe wird mit dem EZB-Zins verzinst und nach 15 Jahren zurückgezahlt.

Hiermit wird den Unternehmen nicht nur frisches Eigenkapital zur Verfügung gestellt. Die Forderung nach einem „Public-Equity-Fonds“ beinhalten auch einen Kompass für Systemänderungen:

1. Öffentliches Beteiligungskapital ist nicht Rendite getrieben. Erwartungen von 20 Prozent Verzinsung werden durch vernünftige Ziele ersetzt.
2. Öffentliches Beteiligungskapital steht langfristig zur Verfügung. Die schädlichen Auswirkungen des kurzfristigen Shareholder-Value-Kapitalismus fallen weg.
3. Spekulationskapital von Vermögensbesitzern wird in dringend benötigtes Realkapital umgewandelt.
4. Hohe Einkommen und Vermögen werden wieder stärker zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen.
„Gerecht“ kann nicht bedeuten, um Paul Krugmann zu zitieren, „Sozialismus für die Reichen, Kapitalismus für die Armen“.

In unserem Aktionsplan fordern wir auch, dass die langfristigen Interessen der Beschäftigten stärker berücksichtigt werden. Konkret heißt das unter anderem:

- eine Änderung des Aktienrechts, um Vorstand und Aufsichtsrat auch auf das Wohl der Beschäftigten und der Allgemeinheit zu verpflichten,
- und die Ausrichtung der Vorstandsvergütungen an nachhaltigen Unternehmenszielen,
- sowie eine Ausweitung der Mitbestimmung.

Und natürlich müssen die Finanzmärkte nachhaltig reguliert werden. Der G20 Gipfel hat hierzu einen Rahmen vorgegeben, den ich ausdrücklich begrüße. Er setzt an den richtigen Punkten an:

- Transparenz durch ein weltweites Früherkennungssystem
- Regulierung durch internationale Standards
- eine internationale Aufsicht durch den IWF.

Ich möchte nicht weiter auf die Einzelheiten eingehen, die wird Wolfgang Rhode heute Nachmittag ausführlich behandeln.

Aber eines ist klar: Nur, wenn das Kasino geschlossen wird, haben wir eine Chance auf mehr Stabilität. Nur, wenn die Finanzmärkte demokratisch reguliert und kontrolliert werden, ist es möglich, sie in den Dienst der Realwirtschaft zu stellen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich höre in letzter Zeit häufiger Einwände gegen staatliche Hilfen für oder Beteiligungen an Industrieunternehmen. Es ist wieder schick, dafür zu plädieren, die Bewältigung der Krise gänzlich den Märkten zu überlassen.

Ich sage ganz deutlich: Wer dies tut, der wird mit massiven Wohlstandsverlusten, Massenarbeitslosigkeit und einer lang andauernden Depression bestraft.

Was wir brauchen, ist die Renaissance einer aktiven Industrie- und Strukturpolitik. Arbeitsplätze in der Industrie sind die Quelle des Wohlstands in diesem Land.

Die Fakten sind: Die Industrie erwirtschaftete 2008 in Deutschland 525 Milliarden Euro mit 7,4 Millionen Beschäftigten.

Ihre tatsächliche Bedeutung ist allerdings noch erheblich größer. Denn in diesen Zahlen sind die Dienstleistungen nicht berücksichtigt, die direkt oder indirekt mit industrieller Produktion verbunden sind.

Ohne industrielle Wertschöpfungsketten brauchen wir keine Banken, die Industrieunternehmen Kredite geben und keine Werbeagenturen, die schlaue Verkaufskonzepte entwickeln.

Nach Berechnungen der Bundesbank ist das volkswirtschaftliche Gewicht der Autoindustrie mit dem Faktor 2,2 zu gewichten. Für die Industrie insgesamt geht die IG Metall von einem Gewichtungsfaktor 1,5 aus.

Das bedeutet: Jeder dritte Arbeitsplatz in Deutschland hängt an der industriellen Wertschöpfung. Das sind 11 Millionen Menschen, die 2008 Werte in Höhe von rd. 800 Milliarden Euro erarbeiteten. Das sind 35 Prozent unseres Bruttoinlandsproduktes.

Die Basis unseres Wohlstandes ist die produzierende Wirtschaft.

Wir müssen diese Stärken erhalten und nicht darüber schwadronieren, ob die Automobilindustrie in Deutschland eine systemische Branche ist.

Was bedeutet denn „systemisch“? Es bedeutet: zentral für den Wohlstand der Menschen und die politische Stabilität unserer Gesellschaft.

Wir erwarten, dass die Politik alle Instrumente zur Sicherung der industriellen Struktur einsetzt, Kredite, Bürgschaften und auch Beteiligungen an den Unternehmen ohne ideologische Scheuklappen .

Wir brauchen neue Konzepte, die wir mit gestalten, wo wir unsere Vorstellungen einer nachhaltigen Industriepolitik einbringen.

Denn es geht nicht nur darum, neue Produkte auf den Markt zu bringen. Es geht auch um die Sicherung von Millionen von Arbeitsplätzen.

Und es geht um Teilhabe und Mitbestimmung und um Zukunftssicherung.

Gerade die ökologischen Herausforderungen, ja Notwendigkeiten, müssen stärker in den Vordergrund. Dies haben die Unternehmen in den letzten Jahren zu häufig versäumt. Die fossilen Brennstoffe auf unserem Planeten sind endlich. Zur Schonung von Ressourcen und unserer Umwelt gibt es keine Alternative.

Es ist eine ureigene Aufgabe der Politik, diesen notwendigen Strukturwandel zu gestalten.

Das bedeutet nicht, dass die Unternehmen aus ihrer Verantwortung entlassen werden. Sie müssen ebenso daran mitarbeiten, unsere Industrie zukunftsfähig aufzustellen.

Wir müssen gemeinsam den Strukturwandel aktiv im Sinne der Menschen gestalten. Das ist die Aufgabe.

Im Sinne von Nachhaltigkeit und Demokratie.

Im Sinne eines demokratischen, sozialen und ökologischen Zukunftsmodells.

Danke